PRAXISNETZWERK
FÜR SOZIALE
STADTENTWICKLUNG

LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.

Ankommen im Gemeinwesen

Position und Forderungen zur langfristigen Integration von Geflüchteten (Stand 13.06.2016)

Mit der Unterbringung und Integration von Geflüchteten stehen die Kommunen und die Gesellschaft als Ganzes vor einer enormen Herausforderung.

Dabei gibt es ermutigende Zeichen dafür, dass dies „zu schaffen" ist: Die Hilfsbereitschaft von unzähligen Ehrenamtlichen, aber auch Organisationen und Institutionen, die sich mit unglaublichem Engagement dafür einsetzen, den neu ankommenden Menschen zu helfen ihren Platz in dieser Gesellschaft zu finden.

Aber unabhängig von Obergrenzen, Verteilungsschlüsseln, den aktuellen Problemen der Unterbringung und der enormen Unterstützung durch ehrenamtliche Helfer/innen: die eigentliche Herausforderung beginnt erst und wird uns die nächsten Jahrzehnte begleiten. Sie besteht in der sozialen Integration der Menschen, die zu uns kommen und hier bleiben werden.

Diese Herausforderung ist aber keineswegs neu. Die gegenwärtige verstärkte Zuwanderung durch Geflüchtete ist zwar zahlenmäßig außergewöhnlich, aber die Themen und Probleme der Integration sind nicht neu. Auf Grund dieser Erfahrung lässt sich sagen:

Orte der Integration

- Integration geschieht nicht irgendwo in unserer Gesellschaft, sondern dort, wo die Menschen ihren Alltag leben. Das ist neben Schule/Arbeit der Ort, wo Menschen wohnen, der Ort, wo sie mit ihren Nachbar/innen reden, Freundschaft schließen oder sich streiten. Integration beginnt im Sozialraum des Quartiers oder der Gemeinde, im Gemeinwesen vor Ort.

  Scheitert sie dort, scheitert sie insgesamt.

- Geflüchtete und Zuwanderer/innen leben nicht irgendwo in unsere Gesellschaft, sondern zu einem Großteil in den sogenannten "benachteiligten Stadtteilen". Dort leben zumeist ökonomisch schwächere Bewohner/innen, sowohl Deutsche als auch Menschen aus unterschiedlichen Zuwanderungsgenerationen mit ihren mehrfachen Problemlagen (sprachlich, kulturell, wirtschaftlich, sozial, gesundheitlich), gemeinsam mit den neu Ankommenden.

  Es ist absehbar, dass sich die Probleme in den betreffenden Gebieten verstärken und neue Gebiete mit vergleichbaren Strukturen und Problemlagen entstehen werden.

  Verteilungsschlüssel und Residenzpflicht helfen da wenig. Der benötigte Wohnraum ist zu einem Großteil in verdichteten Quartieren vorhanden und weitere Gebiete werden durch schnelle Neubauten geschaffen. Geflüchtete suchen und brauchen, genauso wie andere Menschen, gerade in einer für sie schwierigen und unsicheren Situation vertraute Menschen und Netzwerke.

„Soziale Brennpunkte" oder Ankunftsorte?

Das heißt nicht, dass überall dort, wo größere Gruppen von Geflüchteten zusammen mit ökonomisch schwächeren Deutschen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zusammenleben, unweigerlich „Soziale Brennpunkte" und Parallelgesellschaften entstehen.

Aber es gilt anzuerkennen, dass viele dieser Orte vor einer besonderen Herausforderung stehen und entsprechend Unterstützung benötigen. Nicht als potentielle „Problemquartiere", sondern als „Ankunftsorte", die eine wichtige Funktion für die Gesamtgesellschaft erfüllen. „Ankunftsorte" sowohl für Geflüchtete, als auch für die Menschen, die bereits dort leben (Deutsche und frühere Zuwanderungsgenerationen). Sie alle müssen in dieser veränderten Situation ankommen.

Diese Gebiete sind nicht das Problem, sondern die Orte an denen viele der Probleme der Gesamtgesellschaft gelöst werden.

Von der Hilfe für Flüchtlinge zur Arbeit am Gemeinwesen

Spezifische Flüchtlingsarbeit, wie Sprachkurse, Hilfestellungen bei Anerkennungsverfahren, Konzepte und Angebote für den Einstieg in die Arbeit, und das tägliche Leben, sind dringend notwendige Schritte, um hier anzukommen. Aber Flüchtlingsarbeit ist nur die Grundvoraussetzung für den Prozess der Integration.

Die eigentliche Integration kann nur in Interaktion mit denen, die schon da sind, geschehen. Das betrifft Schule, Ausbildung, Arbeitsplatz und in besonderem Maße den Ort, wo Menschen wohnen und leben: im Gemeinwesen von Dorf, Quartier oder Stadt.

Integration in das Gemeinwesen kann keine zielgruppenspezifische (Flüchtlings-)Arbeit sein, bei der die Geflüchteten durch ein paar Maßnahmen und eine Vielzahl von (ehrenamtlichen) Helfer/innen gewissermaßen in das Gemeinwesen „gelotst" werden und alles so weiter geht, wie gehabt. Das „Gemeinwesen" ist nicht etwas das „einfach so da ist" und sich quasi von selbst versteht. Es ist vielmehr ein Gebilde aus Regeln, Vorstellungen und Lebenspraxis, welches immer wieder von neuem gemeinsam entwickelt und gelebt werden muss. Das heißt vermeintlich selbstverständliche Konzepte und Vorstellungen von Teilhabe, Mitbestimmung und Demokratie gemeinsam zu klären und neu zu beleben.

Dazu gehört auch zu klären, was wir unter Integration verstehen Das Ziel von Integration ist Teilhabe (sozial, beruflich und kulturell) und nicht Anpassung bzw. „nicht auffallen".

Wer (sozial, beruflich und kulturell) nicht Teil hat an dieser Gesellschaft, ist nicht Teil dieser Gesellschaft und damit nicht integriert. Das betrifft nicht nur die „Neuen" sondern in gleichem Maße auch die, die schon da sind (Deutsche und frühere Zuwanderungsgenerationen). Auch ihre Belange, Interessen, Unsicherheiten und Ängste sind genauso so ernst zu nehmen und als Herausforderung zu verstehen.

Das wird nicht immer schnell und sicherlich nicht in allen Situationen gelingen, aber wir können davon ausgehen, dass es der Wunsch von wohl jedem Menschen ist, der in dieses Land kommt, ein würdiges Leben zu führen und respektierter Teil dieser Gesellschaft zu sein.

Ob und wie dieser Prozess gelingt, wird nicht durch „Integrationspakete", sondern durch die tägliche Lebenspraxis im Gemeinwesen vor Ort entschieden. Das ist der Ort, wo der Umgang mit dieser Gesellschaft und ihren Werten und Regeln geübt und erfahren werden kann. Diese komplexen und vielschichtigen Prozesse werden kaum von alleine geschehen. Was ist zu tun? Was lässt sich aus der Erfahrung lernen?

Erkenntnisse zur Integration in die lokalen Gemeinwesen liegen aus der langen Erfahrung von Gemeinwesenarbeit sowie in neuerer Zeit aus der Umsetzung des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt vor. Daraus lässt sich sagen, dass es vor allem zweier Komponenten bedarf:

1. **Integriertes Handeln auf kommunaler Ebene**
   Integration betrifft nicht nur Teilaspekte des kommunalen Lebens, sondern alle Bereiche des Gemeinwesens in den jeweiligen Dörfern, Städten und Quartieren. Sie können daher nicht zielgruppenspezifisch oder themenbezogen betrachtet und bearbeitet werden, sondern brauchen eine ressortübergreifende und integrierte Vorgehensweise. Basis dafür ist ein integriertes Handlungskonzept in dem bauliche, soziale und wirtschaftliche Aspekte gesamthaft betrachtet werden.

2. **Aufbau professioneller Gemeinwesenarbeit vor Ort**
   Entwicklungsprozesse auf lokaler Ebene brauchen eine Anlaufstation vor Ort mit „Kümmerer"-, Vermittlungs-, Vernetzungs- und Beratungsfunktion. Dies wird im Rahmen von Sozialer Stadt als Quartiersmanagement bezeichnet und hat, neben einem hohen Anteil an Gemeinwesenarbeit, auch einen planerischen/städtebaulichen Teil. Idealerweise wird das Quartiersmanagement in einer Tandemlösung (Sozial/Gemeinwesenarbeiter/in und Planer/in) betrieben. Außerhalb des Programms Soziale Stadt ist es sinnvoller, nicht den Begriff Quartiermanagement, sondern Gemeinwesenarbeit zu verwenden.

Warum Gemeinwesenarbeit?

Die Konzepte und Methoden der Gemeinwesenarbeit bilden die notwendige Schnittstelle von der Flüchtlingsarbeit zur Integration in den Sozialraum.

Durch ihre Grundprinzipien,

- von den Interessen (aller) Bewohner/innen auszugehen,
- zielgruppenübergreifend und
- themenübergreifend zu arbeiten und
- zu vernetzen und zu integrieren,

kann sie

- die unterschiedlichen Akteure (Geflüchtete, Bewohner/innen, Ehrenamtliche) gleichermaßen ansprechen und verbinden,
- vermitteln und vernetzen zwischen den verschiedenen Akteuren (Flüchtlingshilfe, Freie Träger, Kommunen) und zwischen ihren unterschiedlichen Arbeitsformen (Einzelfallhilfe, Sozialraumorientierung, Verwaltungshandeln),
- gemeinsame Handlungsfelder und Projekte entwickeln,
- Formen der Beteiligung und Selbsthilfe anregen und unterstützen.

Diese Methoden und Angebote gehören zum erprobten Handwerkszeug der Gemeinwesenarbeit. Gleichzeitig sind genau sie die Instrumente, welche für die Integration von Geflüchteten und Zuwanderer/innen in die Gesellschaft so dringend gebraucht werden.

Forderungen

Aus diesem Kontext heraus fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft für Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit:

1. Ein Förderprogramm zum Ausbau bzw. Aufbau der Gemeinwesenarbeit an Orten mit besonderen Herausforderungen auf Bundes- und Länderebene.
2. Die Einrichtung einer Transferstelle zur Sammlung, Weiterentwicklung und Verbreitung von Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit.
3. Die Initiierung von Forschungs- und Modellprojekten zur Gemeinwesenarbeit.